

# Wahlprogramm für unser Oldenburg zur Stadtratswahl 2016



## **Vorwort:**

### **Wir sind Bürger, keine Berufspolitiker**

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine neue innovative Partei. Bürger aus den verschiedensten politischen Richtungen vereinen sich gegen eine realitätsferne, abgehobene Politikerkaste, gegen die Missachtung unseres Grundgesetzes und gegen die systematische Entmündigung der Bürger.

### **Wir sind eine neue alternative Kraft in Deutschland!**

Wir treten an, das Gleichgewicht der politischen Kräfte wiederherzustellen, die Menschen wieder an der Gestaltung Deutschlands und Europas zu beteiligen und die Fundamente der Gesellschaft – unsere Kultur, Gerechtigkeit, Familie, sozialer Ausgleich, faire Arbeit und bezahlbarer Wohnraum – zu pflegen und zu fördern.

### **Zuerst: An die Wahlurnen!**

Die politische Verkrustung muss ein Ende haben! Darum: Gehen Sie wählen und ändern Sie die Politik. Eines unserer erklärten Ziele ist es, der verbreiteten Wahlmüdigkeit etwas entgegenzusetzen und die Menschen zur Wahl zu bewegen. Dazu braucht es aber eine wirkliche Wahl und Alternative.

Wir sind diese Alternative!

Wir fordern eine ehrliche, enttabuisierte politische Streitkultur. Es ist das Recht der Deutschen, „Nein“ zu sagen. Wir sagen „Nein!“ zu den schon normal gewordenen Lügen und Fehlinformationen. Wir sagen „Nein!“ zu einer Europäischen Union, die längst ihren Bezug zu den Menschen verloren hat und sehr zu Unrecht gleichgesetzt wird mit Europa. Wir sagen „Nein!“ zu einer Asyl- und Einwanderungspolitik, die – vorbei an Recht und Gesetz und ohne das deutsche Volk um Erlaubnis zu fragen – langfristig die Deutschen zur Minderheit im eigenen Land werden lässt.

*Deutschland muss Deutschland bleiben!*

## **Das Schubladendenken hat ausgedient! Wer sind wir?**

Wir sind Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung und unterschiedlichem politischen Werdegang. Wir lassen uns nicht in das überkommene Rechts-links-Schema einordnen. Wir sind Menschen mit Ideen und Idealen, die Gerechtigkeit wollen und ihre demokratischen Rechte einfordern. Unsere vorrangige politische Aufgabe sehen wir darin, Fehlentwicklungen und Missstände in Politik und Gesellschaft anzuprangern, ohne dabei ideologisch eingeengt oder von Lobbyisten abhängig zu sein.

*Unsere Kandidaten wollen Ihre Stimme nicht nur bekommen, wir wollen sie auch hören!*

### **I. Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie**

Die Alternative für Deutschland tritt auf allen staatlichen Ebenen für die Einführung und Stärkung direktdemokratischer Elemente in unser politisches System ein. Wir wollen die Macht, die im Lauf der vergangenen Jahrzehnte immer weiter hin zu einer kleinen Führungsgruppe innerhalb der Parteien gewandert ist, dem Volk zurückgeben. Denn das Volk ist der Souverän, und von ihm geht, wie es in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt, alle Staatsgewalt aus.

Für die kommunale Ebene bedeutet das: Wir wollen die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene senken und den Bereich erweitern, in dem sie zur Anwendung kommen können. Stärkere Mitwirkungsrechte der Bürger führen zu größerer Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen, damit zu größerer Identifikation mit ihrer Kommune und zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Die Bürger erkennen, dass es ihre Angelegenheiten sind, die verhandelt werden, und dass sie einen unmittelbaren Einfluss darauf haben, wie dies geschieht. Berechtigte Verdrossenheit über "die da oben" wandelt sich zu Engagement.

In Oldenburg kommen als Gegenstände für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid insbesondere in Frage: der Bau eines neuen Stadions; die Privatisierung des Busverkehrs; die Trassenführung der Bahnlinie zum Jade-Weser-Port. In diesem letzten Fall handelt es sich um ein Planfeststellungsverfahren, so dass nach der gegenwärtigen Rechtslage Bürgerbegehren und -entscheid ausgeschlossen sind. Wir setzen uns auf landespolitischer Ebene dafür ein, auch in diesem Bereich direkte Bürgerbeteiligung insoweit zuzulassen, wie die Befugnisse der Kommune reichen. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Rechtslage fordern wir die Zulassung informeller Bürgerbefragungen verbunden mit der Zusage von Stadtrat und Oberbürgermeister, bei Erreichung eines bestimmten Quorums dem Bürgerwillen zu folgen.

Auch innerhalb der bestehenden Entscheidungsstrukturen wollen wir den Bürgern mehr Mitsprache geben. Eine Möglichkeit dafür ist das Bürgergutachten: In dafür geeigneten Fällen lädt die Stadt interessierte Bürger nach dem Zufallsprinzip in eine Kommission ein, in der sie gemeinsam mit Experten - die das benötigte Fachwissen verständlich vermitteln können - ein Gutachten zu einer bestimmten Frage erstellen. Das Bürgergutachten ist dann bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bürger ist zu entschädigen. Kooperative und auf Dauer angelegte Beteiligungsformen wie die Seniorenvertretung der Stadt Oldenburg, die schon jahrelang einen aner kennenswerten Beitrag leistet, finden unsere Unterstützung, solange sie gemeinwohlorientiert sind und nicht ausschließlich Partikularinteressen wahrnehmen.

## **II. Asylrecht und Zuwanderung**

### **Eine grundsätzliche Neukonzeption ist nötig**

Die AfD fordert eine grundlegende Neuausrichtung des Asylrechts. Gegenwärtig besteht nicht nur in tatsächlicher Hinsicht durch die unkontrollierte und unbeschränkte Einreise von eineinhalb Millionen Menschen vorwiegend aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum, sondern auch in rechtlicher Hinsicht in Deutschland Chaos. Die 1993 eingeführte, äußerst restriktive Regelung des Artikels 16 a Grundgesetz, der zufolge niemand einen Anspruch auf Asyl in Deutschland hat, der auf dem Landweg

eingereist ist, findet weder in der Politik noch bei den zuständigen Behörden mehr irgendeine Beachtung.

Die in den 1990er Jahren auf europäischer Ebene beschlossene Verlagerung der Zuständigkeit für die Prüfung von Asylbegehren an diejenigen Mitgliedstaaten der EU, die deren Außengrenze bilden („Dublin-Regelung“), bei gleichzeitigem grundsätzlichen Festhalten an einem Individualanspruch auf Asyl innerhalb der EU musste zu einer Überforderung der Peripherie-Staaten führen. Angesichts der sich lange anbahnenden, seit dem Sommer 2015 ungehemmt ablaufenden Völkerwanderung von Süden nach Norden erweist sich die gesamte Konzeption des Asylrechts in Europa als obsolet.

Daher tritt die AfD dafür ein, das Individualrecht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen, also durch eine objektive Gewährleistung im Grundgesetz, die nicht einklagbar ist. Soweit dafür Änderungen an den internationalen Verträgen – etwa an der Genfer Konvention von 1951 – notwendig sind, müssen diese neu ausgehandelt werden. Das Ziel muss sein, eine Regelung zu finden, die sowohl den Schutzbedürfnissen von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen gerecht wird als auch dem legitimen Interesse des deutschen Volkes an der Bewahrung seiner Identität und seinem Bestimmungsrecht darüber, wer innerhalb seiner Staatsgrenzen leben soll und wer nicht.

Dafür ist es in der gegenwärtigen Situation notwendig, sofort die gesamte EU-Außengrenze zu schließen. Im Gegenzug werden in den Herkunftsregionen der Fluchtbewegungen, wie z.B. in Nordafrika, Schutzzentren eingerichtet, nach Möglichkeit unter UN- oder EU-Mandat, falls dies nicht möglich ist, in Zusammenarbeit zwischen Deutschland und einem dortigen sicheren Staat. Gesuche auf Schutz dürfen ausschließlich in diesen Zentren gestellt werden. Dort werden Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichtsbarkeit eingerichtet, die für die Durchführung des Asyl- und Rechtsmittelverfahrens die Alleinzuständigkeit erhalten. Lediglich diejenigen, deren Schutzbedürftigkeit letztendlich anerkannt wird, finden Aufnahme in Deutschland.

Diese Neukonzeption des Asylrechts zielt auf die Beseitigung beider politisch und ethisch unerträglichen Auswirkungen der jetzigen Asylpolitik: Sie verhindert den Kollaps der europäischen Sozial- und Rechtssysteme, und zugleich rettet sie Zigtausende von Migranten vor dem Tod auf ihrer gefährlichen Route von Afrika oder Asien nach Europa. Somit stellt sie – anders als die pseudohumanitären Konzepte der Globalisierer und Anhänger eines weltweiten Rechts auf Wohnsitznahme – eine echte humane Alternative zur gegenwärtigen fatalistischen Politik des Nicht-Handelns der Bundesregierung dar.

### **Handlungsspielräume für die Stadt Oldenburg – Etablierung einer Verabschiedungskultur**

Oldenburg gehört zu den deutschen Städten mit dem prozentual höchsten Anteil an Migranten aus außereuropäischen Ländern. Deren Zahl wird aller Voraussicht nach weiter ansteigen, vor allem durch den bald einsetzenden Familiennachzug. Die Folgen dieser Entwicklung sind bereits jetzt spürbar: Die Zahl der ausländischen Bezieher von ALG II steigt; ebenso die der von Migranten begangenen Gewaltdelikte. Die Schulen, die bereits durch die ihnen aufgezwungene Inklusion behinderter Kinder überfordert sind, werden die neue Last der Integration nicht Deutsch sprechender Kinder in den Unterricht nicht schultern können. Die auf die Stadt zukommende Kostenlawine wird den Oldenburger Schuldenberg steil anwachsen lassen und zugleich den finanziellen Handlungsspielraum einschnüren.

Die AfD Stadt Oldenburg-Ammerland fordert daher ein sofortiges Umschwenken von der Willkommens- auf eine Verabschiedungskultur. Die Stadt Oldenburg muss – im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten – weiteren Zuweisungen von Migranten Widerstand entgegensetzen. Sie muss mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde und die ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen, unverzüglich abgeschoben werden. Alle an diesem Verfahren Beteiligten, vom Sachbearbeiter im Ausländeramt der Stadt bis zum Amtsarzt, der über die Reisefähigkeit des nunmehr illegalen Ausländers befinden soll, sind auf die strikte Anwendung des deutschen Rechts zu verpflichten. Vereinen und sonstigen Organisationen, die sich dem entgegenstellen, sind sämtliche städtischen Gelder zu streichen.

Die anerkannten Asylbewerber, die mangels hinreichender beruflicher Qualifikation keine Arbeit finden, müssen durch eine gute Ausbildung darauf vorbereitet werden, nach Wegfall ihres Asylgrundes – in aller Regel also nach der Beendigung des Krieges in ihrer Heimat – dorthin zurückzukehren und beim Wiederaufbau zu helfen. In der Zwischenzeit ist es unabdingbar, für sie Beschäftigungsmöglichkeiten auf einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Wenngleich das politische Ziel in Bezug auf die in Deutschland und Oldenburg als Flüchtlinge angekommenen Migranten in deren großer Mehrheit nicht die Integration sein kann, sondern in ihrer Rückkehr liegen muss, ist selbstverständlich die Verpflichtung zum Besuch eines Integrationskurses durchzusetzen, auch mit Hilfe der vom Gesetz vorgesehenen Sanktionen. Für die Kinder sind an den Oldenburger Schulen Flüchtlingsklassen einzurichten, in denen sie intensiv Deutsch lernen und auf denjenigen Wissensstand gebracht werden, der sie zur Teilnahme am Regelunterricht befähigt. Eine Integration in die normalen Klassen darf erst erfolgen, nachdem dieser Wissensstand durch eine schriftliche und mündliche Prüfung nachgewiesen wurde.

Die durch die verantwortungslose Politik der schwarzroten Bundesregierung hervorgerufene Masseneinwanderung stellt die Stadt Oldenburg, wie viele andere Kommunen auch, in eine Situation, die nur durch die unbedingte und strikte Anwendung aller gesetzlichen Vorgaben beherrschbar sein wird. Der AfD wird im Stadtrat die Aufgabe zukommen, diese Kultur des Rechts immer wieder anzumahnen und einzufordern.

***Flüchtlinge müssen auf den eigenverantwortlichen Wiederaufbau und die Rückkehr in ihre Heimat vorbereitet werden!***

### **III. Öffentliche Sicherheit**

Die AfD tritt für eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber allen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ein. Die zunehmende Zahl von Wohnungseinbrüchen, Diebstählen, Sachbeschädigungen, in letzter Zeit auch schweren Gewalttaten gegenüber Oldenburger Bürgern jeden Alters, insbesondere gegenüber Frauen, haben zu einer erheblichen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Dem kann nur mit einer rigorosen Anwendung der geltenden Gesetze Einhalt geboten werden. Schon kleinste Zuwiderhandlungen gegen Straf- oder Ordnungsvorschriften müssen ein staatliches Einschreiten zur Folge haben. So ist es unbedingt erforderlich, dem zunehmenden Vandalismus und den Verunreinigungen im Schlossgarten durch häufigere und verstärkte Kontrollgänge, auch in der Nacht, entgegenzutreten. Dass eine solche Vorgehensweise sehr erfolgreich sein kann, beweist das Beispiel des New Yorker Stadtteils Bronx, wo die Polizei genau diese Strategie entwickelte.

Für die Umsetzung dieser Null-Toleranz-Strategie ist ein eng verzahntes Vorgehen aller betroffenen Behörden unabdingbar. Unmittelbar zuständig ist die Stadt Oldenburg insoweit nur für ihr Ordnungsamt. Sie kann jedoch und muss auf politischem Weg Druck auf die Polizeiinspektion für ein koordiniertes Vorgehen ausüben. Gleichzeitig muss sie gegenüber dem Land Niedersachsen darauf bestehen, mehr Polizeibeamte zugewiesen zu bekommen. Denn keine Maßnahme ist für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung effektiver als der Schutzmann auf der Straße. Die Sicherheit der Bürger muss endlich wieder Priorität gegenüber finanziellen Erwägungen des Staates haben!

Bei Straftaten müssen, anders als das bisher der Fall ist, die Möglichkeiten der Strafprozessordnung zur Verhängung von Untersuchungshaft voll ausgeschöpft werden. Die Strafgerichte müssen mehr als bisher die vorhandenen Strafrahmen ausschöpfen. Die AfD ist sich bewusst, dass die Staatsanwaltschaft eine Landesbehörde und die Gerichte unabhängig sind. Gleichwohl sind sie Teil unserer Gesellschaft und deren Einflüssen unterlegen. Politik und öffentliche Meinung müssen deutlich machen, dass die bisherige Laissez-fair-Justiz mit den fundamentalen Rechten der Bürger sowohl auf Sicherheit als auch auf Gerechtigkeit unvereinbar ist.



Die AfD Oldenburg versteht die nationalen Symbole der Bundesrepublik Deutschland mit dem Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg als repräsentative Friedenszeichen der deutschen Geschichte von starker Wirkungskraft. Ihre Missachtung oder Schmähung muss als Ausdruck eines fehlenden Staatsbewusstseins und Nationalgefühls eingestuft und geahndet werden. Die Verunglimpfung staatlicher Symbole stellt keine Lappalie dar, sondern stellt die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage. Hierfür kann es keine Toleranz geben.

*Null-Toleranz-Strategie gegenüber allen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung!*

*Oldenburg darf kein zweites Bremen werden!*

## **IV. Wohnungsbau und Verkehr**

Oldenburg ist eine wachsende Großstadt: In den letzten Jahren ist ihre Einwohnerzahl stetig gestiegen, und diese Entwicklung wird aller Voraussicht nach weiterhin anhalten. Das ist einerseits erfreulich, weil es die ungebrochene Attraktivität der Stadt aufzeigt: Oldenburg stand bei einer bundesweiten Umfrage über die Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Stadt auf Platz eins. Andererseits stellt es eine Herausforderung für die Stadtplanung dar, da die historische Residenzstadt in ihrer gesamten Infrastruktur nicht auf solche Dimensionen ausgelegt ist. Verschärft wird die Situation gegenwärtig durch den seit der Grenzöffnung vor einem Jahr massiv angewachsenen Zustrom von Asylbewerbern auch in unsere Stadt. Planungsfragen stellen sich vor allem auf den Gebieten Wohnungsbau und Verkehr.

### **Wohnungsbau**

Wohnungen sind ein knappes Gut in Oldenburg, und dies gilt in erster Linie für das untere Preissegment. Die Stadt ist in der Pflicht, nicht nur für Gutverdiener, sondern

auch für finanziell schwächer Ausgestattete – kinderreiche Familien mit kleinem Einkommen, ältere Menschen mit Niedrigrenten, Alleinerziehende, Bezieher von Sozialleistungen, nicht zu vergessen die zahlreichen Asylbewerber – ausreichend Wohnraum bereitzustellen. Nach Auffassung der AfD bietet sich hierfür beispielsweise der ehemalige Fliegerhorst an. Nachdem dort trotz großer Bemühungen der Stadtverwaltung alle Verkaufsanstrengungen gescheitert sind, hat die Stadt jetzt die Aufgabe und Chance, selbst für eine sinnvolle Bebauung zu sorgen.

Hierfür liegt eine Zusammenarbeit mit der GSG oder einer anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft nahe. Die Stadt könnte der Gesellschaft ein Erbbaurecht einräumen und sie mit dem Bau von Wohnungen beauftragen. Die Bebauung muss in einfacher und preisgünstiger Weise erfolgen und sich an diejenige im Stadtteil Alexanderfeld anlehnen: kleinteilige Reihenhausbebauung, niedriggeschossige Mehrfamilienhäuser. Auf diese Weise lässt sich die Entstehung sozialer Brennpunkte vermeiden. Auf keinen Fall dürfen weitere „Wohnsilos“ von der Art entstehen, wie wir sie bereits in der Kennedystraße haben. Bei der Bauplanung sind die Förderrichtlinien von Bund und Land sorgfältig zu prüfen und auf diese Weise die Kosten für die Stadt möglichst niedrig zu halten. Weitere Projekte gleicher Art auf stadteigenen Grundstücken sollten geprüft werden

## **Verkehr und Infrastruktur**

Nicht nur die Einwohnerzahl, auch die der Kraftfahrzeuge wächst mit jedem Jahr weiter. Bereits jetzt sind zu Stoßzeiten die Ausfallstraßen regelmäßig verstopft; Parkplätze in Innenstadtnähe sind häufig Mangelware. Dennoch hält die AfD es für den falschen Weg, darauf mit umfangreichem Straßenausbau und der Schaffung neuen Parkraums zu reagieren. Denn der zukünftige Straßenverkehr wird dem fahrerlosen Auto gehören. Die ersten Vorboten dieser Revolution haben sich bereits in einer entsprechenden Gesetzesinitiative des Bundesverkehrsministeriums niedergeschlagen. Die großen Automobilkonzerne planen, spätestens im Jahr 2022 selbstfahrende Autos in Großserie zu produzieren. Dadurch wird es zugleich einen Schub in Richtung Car-Sharing geben: Eine kurze Nachricht vom Smartphone genügt, und das Auto kommt vor die Haustür gefahren. Das bedeutet: Die Zahl der Pkw wird langfristig nicht ansteigen wie bisher, sondern sogar abnehmen.

Damit sind allerdings nicht die gegenwärtigen Probleme beseitigt. Hier tritt die AfD vor allem für einen weiteren Ausbau des ÖPNV ein. Die Attraktivität des Busverkehrs leidet darunter, dass die Wartezeiten zu lang und die Busse in den Hauptverkehrszeiten – vor allem bei schlechtem Wetter – überfüllt sind. Daher fordern wir eine kontinuierliche Verdichtung des Busfahrplans, bis auf allen Hauptstrecken eine Taktung von sechs bis acht Minuten erreicht ist. Für die Ergänzung des Fuhrparks eignen sich besonders kleinere Busse mit einer Kapazität von 12 bis 15 Fahrgästen. Auch diese Minibusse werden in absehbarer Zukunft ohne Fahrer auskommen (in der Schweiz läuft bereits ein Versuchsprojekt), so dass die Kosten im Rahmen bleiben und die Fahrpreise auf dem bisherigen Niveau gehalten werden können.

Daneben misst die AfD auch dem Schienenverkehr einen Beitrag zur Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme zu: Durch eine Reaktivierung der alten Stadtteilbahnhöfe ließe sich ein Teil des Personenverkehrs von der Straße abziehen. Und schließlich lässt sich auch die Attraktivität des Fahrrades weiter steigern: beispielsweise durch überdachte Fahrradstellplätze in direkter Innenstadt Nähe.

Die Dichte des Straßenverkehrs lässt sich auch durch eine vorausschauende Planung der behördlichen Infrastruktur beeinflussen. Große Behörden üben eine Sogwirkung auf den Autoverkehr aus, die im Fall von Neubauten gezielt in den Bereich außerhalb des Autobahnringes verlagert werden sollte. Z.B. sollte das Finanzamt nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft aus der Innenstadt verbannt werden.

### **Anliegerbeiträge**

Die AfD spricht sich für eine Neuregelung der Kostenbeteiligung von Grundstückseigentümern an den Straßenbaukosten aus. Anliegerbeiträge sind nach unserer Auffassung nur dann gerechtfertigt, wenn der Ausbau tatsächlich ausschließlich oder überwiegend im Interesse der Anlieger erfolgt. Dann aber gebührt ihnen auch ein Mitspracherecht. Inakzeptabel ist hingegen ihre Inanspruchnahme für den Ausbau einer Anliegerstraße zu einer Durchfahrtsstraße.

## **Bahnumfahrung**

Die Frage einer Bahnumfahrung für die erwarteten Gütertransporte vom Jade-Weser-Port Wilhelmshaven ist für Oldenburg von existentieller Bedeutung. Darüber darf der gegenwärtige Zustand nicht hinwegtäuschen: Zwar sieht es z. Zt. noch so aus, als werde der JWP niemals die in ihn gesetzten Erwartungen auch nur annähernd erfüllen. Das kann sich aber ändern; und sobald die Deutsche Bahn die innerstädtische Strecke entsprechend ihrer Planung ausgebaut und mit Schallschutzwänden versehen haben wird, dürfte jeder Versuch einer Alternativplanung zum Scheitern verurteilt sein.

Die Position der AfD ist eindeutig: Eine Durchquerung Oldenburgs mit den Gütertransporten eines der – nach der Planung – größten Häfen Europas ist für die hier lebenden Menschen unzumutbar. Die Lärmschutzwände würden die Stadt in drei Teile zerschneiden, die Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs wären immens; die Risiken durch Gefahrguttransporte unkalkulierbar. Die Stadt muss also auf eine Alternativlösung hinwirken. Dabei fällt zwar die Entscheidung letztlich nicht in die Kompetenz unserer Stadt – zuständig ist das Eisenbahnbundesamt –; selbstverständlich hat sie jedoch als unmittelbar Betroffene politischen Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Voraussetzung ist die Vorstellung eines Lösungsvorschlags, der für die Deutsche Bahn auch in finanzieller Hinsicht akzeptabel ist.

Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten: erstens eine Umfahrung Oldenburgs, deren Mehrkosten sehr hoch wären. Zweitens eine Trassenführung ab Varel entlang des Neubaus der A 20 bis Nordenham mit einer Untertunnelung der Weser. Diese Lösung könnte durch die Synergieeffekte des parallelen Baus von Autobahn und Gleisstrecke finanziell attraktiv sein.

### **Was wird aus unserem Bahnhof?**

Die AfD fordert die Deutsche Bahn auf, ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Denkmalpflege nachzukommen. Sollte dies aus Gründen, die wir nicht kennen, nicht möglich sein, verlangen wir eine offenere Informationspolitik.

## **V. Familie, Schule, Kindergarten**

Funktionierende Familien sind das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb stehen sie nach Artikel 6 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Viele Familien sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation und einer damit verbundenen Berufstätigkeit dazu gezwungen, ihre Kinder in der Kita oder Ganztagschule betreuen zu lassen. Sie wollen sicher sein, dass ihre Kinder in dieser Zeit bestmöglich betreut und versorgt sind. Kommunalpolitisch sind daher für uns insbesondere folgende Themen wichtig:

### **Wahlfreiheit der Eltern**

- Die Wahlmöglichkeiten der Eltern und Schüler zwischen gegliederten Schulen und Gesamtschulen sollen erhalten bleiben.
- Eltern von Kindern mit speziellem Förderbedarf darf keine Totalinklusion gegen ihren Willen aufgezwungen werden. Die ideologisch motivierte Inklusion um jeden Preis verursacht erhebliche Kosten und behindert Schüler in ihrem Lernerfolg. Die bewährten Förderschulen (z.B. Schule Borchersweg) sind deshalb zu erhalten.
- Wir begrüßen ausdrücklich einen fairen Wettbewerb zwischen staatlichen Schulen und Schulen in privater Trägerschaft.

*Die bildungsfeindliche Ideologie der Totalinklusion lehnen wir ab!*

### **Betreuung, Mitbestimmung, Transparenz**

Kinder brauchen feste Bezugspersonen, denen sie vertrauen und zu denen sie stabile Bindungen aufbauen können. Die Entstehung einer Bindung benötigt Zeit und

Engagement. Wir fordern daher folgenden Betreuungsschlüssel, der den Mindeststandards der EU entspricht:

Im Kindergarten/ Kinderkrippe:

- 1 bis 1,5 Jahre: 1 Erzieher für 3 Kinder (bisher 1:6)
- 1,5 bis 3 Jahre: 1 Erzieher für 4 Kinder (bisher 1:6)
- 3 Jahre bis Schuleintritt: 1 Erzieher für 8 Kinder (bisher 1:13)
- 1 freigestellte Kita-Leitung pro 100 Kinder.

In der Ganztagschule:

- 1 Erzieher für 16 Kinder (bisher 1:20).

Zur Ermöglichung einer bedarfsgerechten Betreuung der Kinder gehört eine Mitbestimmung der Eltern bei der Gestaltung von Schule und Kindergarten. Wir fordern daher eine breitgefächerte Zusammenarbeit zwischen Schulen/ Kindergärten und Eltern. Bei Entscheidungen im schulischen Bereich sollen Elternwille und die Fachkompetenz der Lehrer eine größere Rolle spielen. Der Elternwille sollte vor allen wichtigen Entscheidungen (Schulmahlzeiten, Gestaltung von Sport- und Schwimmunterricht, Klassenfahrten etc.) erfragt werden. Ebenso sollten Lehrer und andere Mitarbeiter an den Schulen ihr Votum zu geplanten gravierenden Maßnahmen abgeben können. Die Anhörung von Funktionären der Lehrerverbände und Elternräten reicht nicht aus.

Damit Eltern differenziert und urteilssicher mitbestimmen können, muss Schule außerdem transparent sein. Zur Transparenz gehört die Veröffentlichung von Kennzahlen, z.B.: durchschnittliche Abschlussnoten, Betreuungsschlüssel, Zahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden, Anzahl von Schülern mit besonderem Förderbedarf, Schulverweise etc. In vielen Ländern ist eine solche Transparenz gegenüber den Eltern eine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus sollten Eltern die Schulen jährlich bewerten können und die Ergebnisse der Bewertung öffentlich zugänglich gemacht werden.

***Wir fordern mehr Erzieher und Lehrer für unsere Kinder!***

## **Bessere Ausstattung der Schulen**

Für den Ort der Ausbildung und Betreuung unserer Kinder sollten wir uns nicht mit der billigsten Lösung zufrieden geben. Deshalb fordern wir folgendes:

- Das Konzept der Ganztagschulen ist zu unterstützen und deren Qualität deutlich zu erhöhen. Bspw. sollten alle Kinder bei Bedarf in den Freistunden kostenlosen, qualifizierten Nachhilfeunterricht erhalten.
- Jedem Kind sollte unabhängig von der Schulwahl die gleiche finanzielle Ausstattung zustehen.
- Eine vielfältige und gesunde Ernährung muss garantiert sein. Diese beinhaltet fleischloses Essen für Vegetarier sowie Gerichte ohne Schweinefleisch für muslimische und jüdische Kinder. Einen generellen Verzicht auf Schweinefleisch lehnen wir ab.
- Der Erhaltungszustand vieler Schulen ist verbesserungswürdig. Oft sind die sanitären Einrichtungen in einem bedauernden Zustand. Es kann nicht sein, dass deren Sanierung zurückstehen muss, während für die allein aus ideologischen Gründen betriebene Totalinklusio n immense Mittel bereitgestellt werden.
- In vielen Gebäuden herrscht ein nicht akzeptabler Lärmpegel. Ruhe- und Rückzugszonen müssen geschaffen werden.

## **Sport und Freizeit**

- Schulveranstaltungen sind ein Mittel der Integrationsförderung. Dazu gehören Klassenfahrten, Sportveranstaltungen und Theateraufführungen, an denen alle teilnehmen. Sie schaffen gemeinsame Erlebnisse.
- Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht nimmt leider immer weiter zu. Dem müssen wir entgegenwirken. Wir fordern daher bereits ab der Grundschule mindestens drei Stunden Schulsport pro Woche.
- Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen müssen nachhaltig gefördert werden, damit die Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen.
- Der Vereinssport soll für alle Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr kostenlos sein.

- Keine Schule oder Sportstätte soll mehr als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden.

## **VI. Gesundheit**

### **Medizinische Versorgung**

Wir stehen für eine grundlegende Verbesserung der haus- und fachärztlichen Versorgung. Zu diesem Zweck befürworten wir die Gründung medizinischer Versorgungszentren, um eine ganzheitliche gesundheitliche Begleitung zu gewährleisten.

Die Notaufnahmen der Krankenhäuser, die ärztlichen Notdienste und insbesondere der kinderärztliche Notdienst müssen dringend ausgebaut und besser organisiert werden. Überhaupt besteht für Oldenburg ein Bedarf an zusätzlichen Kinderärzten. Daher ist es erforderlich, Sonderbedarfszulassungen bei der Kassenärztlichen Vereinigung zu beantragen.

### **Pflegerische Versorgung**

Die Überwachung von Pflegeeinrichtungen für ältere und pflegebedürftige Personen durch die Heimaufsichtsbehörde muss verstärkt werden. Außerdem ist es notwendig, mehr Pflegepersonal einzustellen. Wir fordern eine bessere Bezahlung dieses Pflegepersonals; der Lohn muss deutlich über dem Mindestlohn liegen. Auch Personen, die häusliche Pflege leisten, sollen mehr Unterstützung erhalten.

## **VII. Kultur**

Die AfD befürwortet die finanzielle Förderung von Kultureinrichtungen und die Förderung von Herrichtungs- und Erhaltungsmaßnahmen für regionaltypische öffentliche Bauwerke im Rahmen der Denkmalpflege. Verstärkt zu fördern ist die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen durch Musik- und Kunstschulen, durch entsprechende Angebote im Rahmen des Ganztagsunterrichts der



allgemeinbildenden Schulen sowie durch Schülerkonzerte und Theaterbesuche. Die plattdeutsche Sprache ist für unsere Region besonders identitätsstiftend und muss auch weiterhin Bestandteil unseres kulturellen Miteinanders sein. Diese zu erhalten und zu fördern, wird von der AfD ausdrücklich unterstützt. Entsprechende kulturelle Angebote schaffen zudem Bindungen vor Ort.

## **Erinnerungskultur**

Ein wichtiger Teil kultureller Arbeit besteht in der Vermittlung der Geschichte unserer Region. Deutschland setzte sich über Jahrhunderte aus zahlreichen, weitgehend unabhängigen Kleinterritorien zusammen, die miteinander in kultureller Hinsicht fruchtbar konkurrierten. Das Verständnis für die eigene Herkunft und die Identifikation mit ererbten Traditionen einer Region ist wichtig für die spätere Orientierung der Menschen auf ihrem Lebensweg. Deswegen unterstützt die AfD die Vermittlung der geschichtlichen Entwicklung unserer Heimat, der über Jahrhunderte entstandenen Bräuche und Lebensweisen und der baulichen und künstlerischen Zeugnisse früherer Epochen durch Lehrangebote, Führungen und Projekte verschiedener Art.

Die Vermittlung von Regionalgeschichte soll während der Grundschulzeit eine bedeutendere Rolle im Rahmen des Unterrichtes spielen, als dieses bisher der Fall ist.

Zur Geschichte Oldenburgs gehört auch die Aufnahme und Integration von 40.000 Deutschen aus dem früheren Ostdeutschland und den osteuropäischen Siedlungsgebieten. Diese Menschen und ihre Nachkommen haben unsere Region massiv geprägt und bereichert. Bis heute gibt es in der Region Oldenburg jedoch kein zentrales Denkmal, welches an diese wichtige Episode unserer Geschichte erinnert. Wir treten dafür ein, dies zu ändern.

Damit in Zukunft eine ausgewogene und dem Willen der Bürger entsprechende Erinnerungskultur umgesetzt werden kann, will die AfD die Kultur- und Erinnerungspolitik durch direkte Bürgerbeteiligung ergänzen. Die von der AfD geforderte direkte Demokratie ermöglicht es, dass die Bürger selbst entscheiden, wie an unsere Geschichte und an deren bedeutende Persönlichkeiten erinnert werden soll. Auch das von den Bürgern äußerst kontrovers diskutierte Thema möglicher

Straßenumbenennungen aufgrund angeblicher und tatsächlicher Verfehlungen von Menschen sollte in Zukunft ausschließlich von der Bevölkerung selbst entschieden werden.

## **VIII. Umweltschutz**

Die AfD steht für umsetzbare und bezahlbare Nachhaltigkeit. Umwelt- und Artenschutz sowie Landschaftspflege sind für uns sehr wichtige Anliegen. Wir fordern den Erhalt landwirtschaftlicher Nutztierassen und Kulturpflanzensorten.

### **Gentechnik**

Die Gefahren von gentechnisch veränderten Organismen, Futtermitteln und Saatgut sind nur unzureichend geklärt. Die Möglichkeit der Übertragung bzw. Streuung gentechnisch veränderter Sequenzen in einheimische Arten stellt eine Gefahr für die Vielfalt und genetische Unversehrtheit der Tier- und Pflanzenbestände dar. Daher kommt für uns ihr Einsatz in der Landwirtschaft nur in strikt begrenztem Umfang, nur nach sorgfältiger Prüfung durch die dafür zuständigen Behörden und nur bei ständiger Überwachung in Betracht. Gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel und aus diesen gewonnene Stoffe sind zu kennzeichnen.

### **Luftverschmutzung**

Da die Stickoxidbelastung in Oldenburg, vor allem im Bereich des Wallrings, übersteigt oft die zulässigen Grenzwerte. Die erhöhte Konzentration von Nitrosegasen kann Kopfschmerzen und Schwindel und in schweren Vergiftungsfällen Lungenödeme auslösen.

Abhilfe lässt sich durch die Kombination verschiedener Maßnahmen erreichen:

- Verbesserung des Verkehrsflusses durch Wiedereinführung der Grünen Welle bei der zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h
- Überprüfung der Ampelonderschaltungen durch die VWG
- Stärkung der Attraktivität des ÖPNV und des Fahrradverkehrs (s.o. Kap. V)

- Schärfere Emissionsgrenzen für die Baufahrzeuge und Arbeitsmaschinen der zahlreichen Baustellen in der Innenstadt sowie Regelung von deren Zu- und Abfahrtszeiten und -wegen.

Zusätzlich wird eine luftverbessernde Begrünung positive Effekte auf die Luftqualität haben.

## **Wasserschutz und Nitratbelastung**

Oldenburg hat eine ausgezeichnete Leitungswasserqualität. Das liegt an der hervorragenden Arbeit, die von den Wasserversorgern geleistet wird. Um diese Qualität nicht zu riskieren, lehnen wir eine Privatisierung der Wasserversorgung ab. Die unrealistischen Vorgaben für Nitrat-Grenzwerte durch die EU werden von uns abgelehnt, da keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, die beweisen, dass eine Reduzierung des Nitratanteils tatsächlich Auswirkungen auf die Gesundheit hat.

## **IX. TTIP und CETA**

### **Erklärung des AfD-Kreisverbandes Stadt Oldenburg-Ammerland zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

Der Kreisverband Stadt Oldenburg-Ammerland der Alternative für Deutschland bejaht die Soziale Marktwirtschaft und den freien Handel. Handelsabkommen wie TTIP und CETA sind für uns jedoch nur dann akzeptabel, wenn sie das Recht der demokratisch legitimierten Parlamente, unsere Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards festzulegen, unberührt lassen und wenn dieses Recht auch nicht indirekt durch Schadensersatzklagen vor Schiedsgerichten in Frage gestellt werden kann.

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA um das Freihandelsabkommen TTIP umfassen – ebenso wie das bereits fertig ausgehandelte, aber noch nicht ratifizierte Freihandelsabkommen mit Kanada CETA

– neben dem transatlantischen Warenhandel auch den Handel mit Dienstleistungen. Dies betrifft Städte und Gemeinden in erheblichem Umfang. Denn Verhandlungsgegenstand sind auch die öffentlichen Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge (z.B. die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Müllabfuhr, Krankenhäuser). Zwar behauptet die EU-Kommission, dass der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge von den Marktöffnungen ausgenommen bleibe; und tatsächlich gibt es in dem mit Kanada ausgehandelten CETA-Abkommen einzelne Sonderregeln etwa für die Abfallwirtschaft. Solche Ausnahmevorschriften verstecken sich jedoch in dem extrem umfangreichen und unübersichtlichen Abkommen in verschiedenen Anhängen und gelten nur für bestimmte Teile des Vertrages. Für die Kommunen ergibt sich daraus eine große Rechtsunsicherheit, der sie nur mit weiterem Bürokratieaufbau begegnen können.

Sowohl TTIP als auch CETA verpflichten die Vertragspartner zu immer weiteren Marktöffnungen. Besonders große Bedeutung kommt hier den sogenannten „Ratchet“- (auf deutsch: „Sperrklinken“-) Klauseln zu: Diese schreiben vor, dass ein einmal erreichtes Maß an Liberalisierung nicht reduziert werden darf. Eine Kommune, die bisher privatwirtschaftlich erbrachte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zukünftig (wieder) selbst erbringen möchte, um Kosten zu sparen oder die Qualität zu steigern – wie es die Stadt Bergkamen vor einigen Jahren mit nachhaltigem Erfolg getan hat – , wird durch die Klausel daran gehindert, dies zu tun. Der Zug fährt schnurstracks in Richtung auf eine uneingeschränkte Marktöffnung für US-amerikanische und kanadische Konzerne. Es ist zu bezweifeln, dass dies generell zum Vorteil für die europäischen und deutschen Bürger ist. Der AfD-Kreisverband Stadt Oldenburg-Ammerland hält es daher ebenso wie der Deutsche Städtetag und andere kommunale Verbände für außerordentlich wichtig, die Kommunen an den Vertragsverhandlungen teilhaben zu lassen. Auf keinen Fall darf die Freiheit der Städte und Gemeinden, über die Art der Leistungserbringung zur Daseinsvorsorge für ihre Bürger selbst zu entscheiden, eingeschränkt werden; und ebensowenig darf es dazu kommen, dass die Kommunen mit einem Konglomerat an Vorschriften konfrontiert werden, deren Einhaltung sie überhaupt nicht leisten können. Sofern CETA und TTIP diesen Grundsätzen nicht entsprechen (werden), treten wir dafür ein, sie nicht zu ratifizieren.

*Wir lehnen TTIP und CETA in der gegenwärtigen Form ab!*

*Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nur aufgrund von Bürgerentscheiden!*

## **X. Jagd und Waffen**

### **Jagdrecht**

Zur Abdeckung verschiedener Interessenlagen und zur Erhaltung eines artenreichen und gesunden Wildbestandes arbeiten verschiedene Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, des Naturschutzes und der Jägerschaft zusammen.

Die AfD setzt sich für den Fortbestand des alten Jagdrechts (Niedersächsisches Jagdgesetz vom 16.03. 2001) ein, da es sich bewährt hat. Eine grundlegende Novellierung des Jagdrechts wie in Nordrhein-Westfalen gegen die zahlreichen Bedenken und Einwände der Jägerschaft und der Landwirte darf es bei uns nicht geben.

Seit dem 1. Oktober 2014 gilt in Niedersachsen die neue Jagdzeitenregelung. Die Aufhebung der Jagdzeit auf Bläss- und Saatgänse und die Verkürzung der Jagdzeit auf Wasserfederwild in Schutzgebieten entbehren jeder ausreichenden fachlichen Begründung. Das Recht der Jagdausübung ist Bestandteil des Nutzungsrechtes am Eigentum und durch das Grundgesetz vor unangemessenen Übergriffen geschützt. Diese Neuregelungen sind daher so schnell wie möglich unter Einbindung der betroffenen Praktiker zu ändern.

Zurück zur altbewährten Pflicht des Jägers, Wald und Tiere zu hegen und zu pflegen!  
Zum Schutz der Tiere, zum Schutz der Umwelt und zum Schutz der Bevölkerung.

Besonderes Augenmerk ist auf die heimische Fauna zu legen mit ihren für Oldenburg typischen Federwildarten (Rebhuhn, Wachtel, Birkhuhn, Schnepfe, Enten). Priorität sollte nicht der Wolf haben!

## **Waffenrecht**

Nicht erst seit dem Beschluss der EU-Justiz- und Innenminister vom 17.06.2016 beunruhigt die geplante Änderung der EU-Waffenrichtlinie Sportschützen, Jäger und Waffensammler in ganz Europa. Auf dem Rücken von legalen, gesetzestreu und regelmäßig staatlich kontrollierten Waffenbesitzern wird der Kampf gegen Terrorismus und illegale Waffenkriminalität ausgetragen. Der Deutsche Schützenbund und der Deutsche Jagdverband verwahren sich zurecht dagegen, dass sie bei der Bekämpfung der Waffenkriminalität in einen Topf mit Terroristen und Kriminellen geworfen werden. Sportliches und jagdliches Schießen muss in Oldenburg weiterhin möglich sein und gefördert werden.

Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern er muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren. Wie für jedes andere Rechtsgebiet muss auch hier gelten: Einschränkungen der Freiheit sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen.

Wir danken für Ihr Interesse!

Ihre AfD Stadt Oldenburg-Ammerland